

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Verfallsgebühr monatlich 1,50 M., bei Zustellung unter Streifenband 1,30 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate kosten die achteigspalt. Nonparillzeile oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das fertige Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leierungsgebühr 40 Pf., Familien- und Vereinstellungen anfragen fällt der Zuschlag vor. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 2895

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Stimmen der Vernunft.

Proteste der alliierten Sozialisten.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus Zürich gemeldet:

Während die Spannung auf die bevorstehenden Entscheidungen in Versailles in den bürgerlichen Blättern Frankreichs trotz der zur Schau getragenen Gewissheit über den Unterzeichnungswillen Deutschlands unverkennbar zunimmt, fahren die sozialistischen Organe fort, die alliierten Friedensbedingungen in ihrer verhängnisvollen Bedeutung für Frankreich und die ganze Welt scharf zu kennzeichnen. Wenn der Friedensvertrag so angenommen wird, wie er heute aussieht, dann wird, wie der Abgeordnete Charles Ristral in der „Humanité“ darlegt, an dem Regime, unter dem Europa zusammengebracht ist, nichts geändert werden. Der Versailler Friede vermindert die Gefahr künftiger Kriege nicht und bereitet weder Entspannung noch Verabigung vor, sondern fördert nur die Machtgegensätze und die Kämpfe, Frankreich im besonderen schneidet sehr schmerzhaft ab. Durch die Besetzung eines Teiles von Deutschland würden uns auf Jahre hinaus ungeheure Lebensnotlagen entzogen, deren Frankreich heute mehr als je bedürftig ist. Die militärischen Fortschritte werden unser Budget bis zum völligen Zusammenbruch des Reiches vergrößern. Das Recht kann wirklich durch den Völkerbund wahrgenommen werden, der aber nicht einen Bund der Sieger darstellen darf, sondern die Einigung aller Nationen verwirklichen muß. Der Versailler Vertrag ist die Verneinung alles dessen, was wir erhofft haben, und die Menschheit wird seine schrecklichen Folgen zu tragen haben, wenn nicht der internationale Sozialismus stark genug ist, eine Revision des Vertrages zu erzwingen.

Das „Journal du Peuple“ erklärt ähnlich: Wenn Deutschland die Bedingungen von Versailles annimmt, begeht es Selbstmord; es unterschreibt sein wirtschaftliches Todesurteil, denn man nimmt ihm alles, was ein großer Staat braucht, um ein 70-Millionen-Volk zu ernähren. Es wird aber auch sein politisches Todesurteil unterschreiben, denn ein unbewaffneter Volk inmitten von gerüsteten Nationen ist den Angriffen der ganzen Welt ausgesetzt, sobald es den anderen Völkern beliebt. Trotzdem haben die unabhängigen Sozialisten Deutschlands vielleicht recht, wenn sie für die Unterzeichnung des Vertrages eintreten, denn der Friedensvertrag von Versailles ist so schädlich, daß er unabweisbar dazu verurteilt ist, ein Papier-trogen zu bleiben, ohne daß irgendwelche Hoffnung auf seine Durchführung bestünde.

London, 21. Mai. (Reuter.) Eine Anzahl hervorragender Arbeiterführer, darunter Saviile, Snowden, Landsbury, Neil und Maclean, haben ein Manifest veröffentlicht, welches besagt, der Friedensvertrag enthält die Keime zu Konflikten und müsse deshalb so schnell als möglich einer Nachprüfung unterzogen werden.

Bern, 21. Mai. Der über 600 000 organisierte Mitglieder zählende Allgemeine Arbeiterverband Italiens nahm gestern auf einem Sonderkongress in Mailand einstimmig eine Tagesordnung an, in der ausdrücklich erklärt wird, daß die italienischen Arbeiterorganisationen jede direkte oder indirekte Mitsprache an der Antwort der verbündeten und assoziierten Regierungen an die deutschen Bevollmächtigten in Sachen der internationalen Besetzung ablehnen. Die Tagesordnung schloß mit einem scharfen Protest gegen die Verhandlungen der internationalen Arbeiterschaft durch die Pariser Konferenz, die sich sowohl über die Beschlüsse von Leeds 1916 als über die von Bern aus den Jahren 1917 und 1918 vollständig hinwegsetzte. Sie fordert die alljährliche Eröffnung der ersten Tagung der Internationalen Arbeiterkonferenz und brandmarkt den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vergewaltigungsversuch der Pariser Konferenz.

Die deutschen Sozialimperialisten von der Sorte der Sellmann und Stampfer, die nichts getan haben, um die Gewalttätigkeiten von Brest-Litowsk und Bukarest zu verhindern, haben gegen die Arbeiter in den Entente-Ländern den Vorwurf erhoben, daß sie zu wenig gegen den Gewalttätigen von Versailles hätten. Der „Vorwärts“ hat sich zu diesem Zweck lombardische zurechtgerückte Adressenlisten aus Versailles telegraphieren lassen, das Wort schämte sich nicht, selbst in dieser Situation die Verleumdung des Proletariats untereinander fortzusetzen. Die obigen Meldungen zeigen, daß die Arbeiter in den Entente-Ländern nicht müde sind; sie erfüllen ihre Pflichten gegen die Internationale

in weit besserer Art als die deutschen Sozialimperialisten es je getan haben.

Die Frist bis 29. Mai verlängert.

Die Antwortnote Clemenceaus.

Paris, 21. Mai.

Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Reichsminister Grafen Brockdorff-Ransau, ist heute folgende weitere Note Clemenceaus zugegangen:

Paris, den 21. Mai 1919.

Herr Präsident!
Die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 20. Mai zu bestätigen. Sie hatten die Güte, mich darauf hinzuweisen, die Fragen, über welche die deutsche Delegation Bemerkungen vorzulegen wünsche, seien so verwickelt, daß die Denkschriften der deutschen Delegation in der Ihnen am 7. d. Mts. gewährten 15-tägigen Frist nicht fertig sein könnten. Sie fordern insoweit eine Verlängerung dieser Frist.

In Erwiderung hierauf habe ich die Ehre, Euerer Excellenz mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen einverstanden sind, die Frist bis Donnerstag, den 29. d. M., zu verlängern.

Geschwigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Die Truppen der Alliierten zum Vormarsch bereit.

Amsterdam, 22. Mai.

Das Reutersche Bureau meldet aus Köln, es sei kein Geheimnis, da die Truppen der Alliierten an allen Stellen zum sofortigen Vormarsch bereit ständen.

Rücktritt amerikanischer Friedensdelegierter.

London, 22. Mai. (Reuter.)

„Daily Mail“ meldet, daß neun Mitglieder der amerikanischen Friedensdelegation ihr Rücktrittsgesuch eingereicht haben. Drei Gesuchen wurde entsprochen.

Der „Vorwärts“ in der Falle.

Neue, aber dumme Lügen.

Wir hatten in unserer Mittwochabend-Ausgabe eine Zuschrift veröffentlicht, die feststellte, daß der „Vorwärts“ am 18. Mai erklärte, er habe alle ihm während der Märzferien aus dem Befehlshaber zugehenden Beschwerden gegen die Regierungstruppen Herrn Roske und dem Korps Valtowitz zur Prüfung und Erledigung mit vollem Namen und voller Adresse übermittelt, während er am 18. März behauptete, sie ohne Namens- und Adressenangabe weitergegeben zu haben. Wie schwindelt sich nun der „Vorwärts“ aus dieser peinlichen Situation heraus? Er schreibt:

„Zur Behandlung der uns in den Aufstandstagen zugegangenen Beschwerden über Regierungssoldaten tragen wir nach, daß wir — was wir lechthin versehentlich hervorzuheben unterließen — Namen und Adresse des Einsenders zwar bei Uebersendung an Roske nicht entfernt haben, wohl aber bei Einbringung an das Kommando der Truppen; die allermeisten haben wir direkt an Roske geschickt.“

So diese Worte, so viele Lügen! Denn, versetzte „Vorwärts“-Redakteure, wie reimt sich denn die Weitergabe der Beschwerden ohne Namen und Adressen mit Ihrer Behauptung, Beschwerden ohne Angabe des Beschwerdeführers, also des Hauptzeugen, könne kein Mensch nachprüfen?

Es bleibt also dabei, daß die „Vorwärts“-Leute sich als ganz gewöhnliche Denunzianten betätigt haben, nun aber nicht den Mut anbringen, für das eingetretene, was ihnen ihre Uebersetzung — oder nur Herr Stampfer — vorgeschrieben hat.

Ein unerhörter Skandal.

München, 22. Mai.

Levine Rissen ist im Gefängnis mit einer Hand an die Mauer angeschlossen worden. Einer auch in Ost baltischen Frau wurde gestattet, ihr bisher in Berlin befindliches Kind zu sich zu nehmen. Levine hat in den letzten Tagen den Besuch seiner Mutter und Schwester empfangen.

Der Oberleutnant Vogel ist nicht angeordnet worden, er durfte entfliehen, aber Gegner der Regierung werden wie gemeine Verbrecher behandelt.

Herr Haenisch für Religionsunterricht „in der bisherigen Weise“!

Von Privatdozent Dr. Arthur Rosenberg.

Auch in diesen Tagen bedeutsamer politischer Entscheidungen darf das deutsche Proletariat die Schul- und Bildungsfragen nicht ganz vergessen; schon darum nicht, weil gerade auf diesem Gebiet sich jene Parteien und Männer in ihrer ganzen berückenden Schönheit offenbaren, mit denen wir jetzt den neuen Burgfrieden schließen sollen. Die Nachhaber erklären: „Die Regierung ruft alle Volksgenossen auf, in dieser schweren Stunde mit ihr auszusubarran in wechselseitigem Vertrauen auf dem Wege der Pflicht“ usw.; bezeichnet Roske! Ja, was hat denn bisher die Regierung getan, um sich das „Vertrauen“ des deutschen Proletariats zu verdienen, und wie haben die Nachhaber in Deutschland und Preußen bisher selber ihre „Pflicht“ getan?

In der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung“ konnte man vor einigen Wochen folgende erbauende Mitteilung lesen: Wie wir aus einem Sitzungsbericht des Kreislehrerverbandes Landsberg a. W. erfahren, forderte die Frankfurter Regierung eine Erklärung aller ihr unterstellten Lehrer, ob sie künftig Religionsunterricht erteilen wollen oder nicht. Die Kreisinspektion sprach in ihrem diese Sache betreffenden Aufschreiben von Erteilung des Religionsunterrichts in der „bisherigen Weise“. — So geschahen im Jahre des Heils 1919, in der Republik Preußen, im Amtsbezirk des sozialdemokratischen Ministers Konrad Haenisch. Eine staatliche Behörde fordert von den ihr unterstellten Lehrern den Religionsunterricht in der bisherigen Weise; d. h. mit der Eintrichterei der Bibelprediche und der Gesangbuchwerke, des Katechismus und der Wundergeschichten! Aber dieser Kreisinspektor in Landsberg a. W. ist ein sehr geschickter Mann; er wird es noch weit bringen in der sozialistischen Republik Preußen; denn er hat mit erstaunlicher Selbstlosigkeit gerade die Worte und Gedanken seines allerhöchsten Chefs wiedergegeben. Hören wir einmal nach dem Untergebenen den Meister, nach dem Kreisinspektor den Minister selbst!

Jüngst wurde der Öffentlichkeit ein Erlaß Haenischs bekanntgegeben, der schon am 11. 1. 1919 erlassen ist und den Religionsunterricht an den Lehrerseminaren regelt. Der Absatz 1 des Erlasses spricht von solchen Lehrgängen der Seminare, die freiwillig am Religionsunterricht teilnehmen, und die später Religionslehrer werden wollen. Sie seien auf ihren Wunsch bei der Entlassungsprüfung in der Religionslehre zu prüfen. Nun folgt der Absatz 2: „Es liegt in der Natur der Sache, daß bei den zu 1 bezeichneten Kandidaten auch für den Religionsunterricht der häusliche Reich in Anspruch zu nehmen ist, und daß sie in der bisherigen Weise theoretisch und praktisch für die Erteilung dieses Unterrichts ansorbildet werden.“ Ist es nicht eine wunderbare Fügung der Umstände, daß ganz genau die gleichen Worte, vom Religionsunterricht „in der bisherigen Weise“, mit denen sich der Kreisinspektor in Landsberg a. W. blamiert hat, auch in dem Erlaß von Konrad Haenisch auftauchen? Der bisherige Religionsunterricht ist eine Ungeheuerlichkeit vom bibelgottlichen, sittlichen und wissenschaftlichen Standpunkt. Wie das „Proletantenblatt“ vor ein paar Monaten mitteilte, ist auf einer Parteikonferenz vor zehn Jahren gesagt worden: Es ist der stärkste Beweis für die Lebensfähigkeit des Christentums, daß es durch den Religionsunterricht in der Schule noch nicht ausgerottet worden ist. — So wird ein einschüchternder christlicher Geistlicher; aber Konrad Haenisch spricht: Religionsunterricht in der bisherigen Weise!

Die Freunde Haenischs werden darauf erwidern, daß die Sache ja nicht so schlimm sei, weil der bekannte Erlaß des Kultusministers den Lehrern und Schülern die Möglichkeit gebe, sich vom Religionsunterricht entbinden zu lassen. Aber wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß diese „Freiwilligkeit“ des Religionsunterrichts in der Regel auf dem Papier steht. Zunächst die Lehrer sind auch nur fleischliche Menschen, sie leben, wie überall in den Schulbehörden die Vertreter der politischen und kirchlichen Reaktion fest auf ihren Plätzen sitzen und werden nicht

Die Leben, wozu der Kurs unter Goemich und seinem Zentrumunterstützungsbüro steht, und die fürchten vielfach, ihre Karriere zu schädigen, wenn sie den Religionsunterricht verweigern. Abgesehen ist nirgends der Druck der Reaktion noch so lebhaft, wie gerade in den Lehrerseminaren, aus denen die künftigen Unterweiser der deutschen Jugend hervorgehen. Nirgends wäre es deshalb nötiger gewesen, den Religionsunterricht in der „bisherigen Weise“ zu beibehalten, als gerade hier. Und die Eltern? Leider sind sie in ihrer überwiegenden Mehrheit, auch wenn sie nicht mehr auf dem Boden der Kirche stehen, zu energielos und zu bequem, um ihre Kinder aus dem Religionsunterricht fortzunehmen. Das alles mußten die Dunkelkammer nur zu gut, die Herrn Goemich bei seinen Erlassen die Feder führen.

Bei der Lösung der Aufgabe, unsere Schulfugend von der kirchlichen Verdummung zu befreien, hat Konrad Goemich glücklicherweise versagt, und ebenso versagt es in allen anderen Fragen unserer Bildung, Kultur- und Schulwesen. Goemich hat seine Pflicht als Minister und als Sozialist nicht getan. Wie kann auch von „wechselseitigem Vertrauen“ zwischen der Arbeiterklasse auf der einen, und ihm und seinen Kollegen auf der anderen Seite, gar keine Rede sein.

Beginnende Einkehr?

Die offizielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht an leitender Stelle eine Ankündigung von „besonderer Seite“, die sich gegen die von unserer Partei ausgegebene Parole in der Friedensfrage wendet und zu dem Schluß kommt, es wäre „pflichtwidrig“ gewesen, der Parole der Unabhängigen zu folgen und sich zur Unterschrift zu bekennen. Dann heißt es in dem Briefe weiter:

„Noch pflichtwidriger aber wäre es, die Gefahren der Antirassismusbewegung zu verschleiern oder gar den Rogen darauf zu überspannen, daß man die Antirassismusbewegung will, wenn der Vertrag nicht „grundlegend“ geändert wird.“

Es läßt sich heute nicht sagen, nach welchem Maß von Korrekturen der Vertrag annehmbar wird. Das ist eine Lauffrage, die Forderung und Nationalberaternung beantwortet werden müssen, wenn die Ententeantwort vorliegt. Abgesehen von den Berufsprotesten, die bereits wieder einen Nationalismus ausgelebt haben, lassen sich zu viele vom Schwung eines drohenden Reins mitreißen. Heute gilt gleichermaßen: den Erfolg der deutschen Gegenanschläge abwarten und aus ihm die Gegenbegründung, wie die oben erwähnte Lauffrage zu prüfen, und zweitens: sich und alle darauf vorbereiten, daß trotz aller Gegenbegründungen der endgültige Friedensvertrag unsagbar hart sein wird und daß nicht Wohlstände einer perfekten imperialistischen Zeit für die Beurteilung der Annehmbarkeit und Unannehmbarkeit gelten dürfen. Wir haben den Krieg, wir haben den Krieg verloren!

Die hier wiedergegebenen Äußerungen des offiziellen Blattes klingen schon wesentlich anders als das „Unannehmbar“, das Scheidemann als Sprachrohr des Kabinetts in der Sitzung der Nationalversammlung herausgeschmettert. Dieses dröhnende „Nein“, über das das offizielle Organ jetzt selbst spottet, wird offenbar in den „mohigebenden Kreisen“ denn doch nicht als die richtige Methode angesehen, um die Friedensverhandlungen führen zu können.

Auch Herr Scheidemann zeigt in der Rede, die er am Mittwoch in der Versammlung der Reichssozialisten am Wilhelmplatz gehalten hat, daß die Regierung eine Rückzugslinie sucht und eingulenden beginnt. Er führte dort folgendes aus:

„Mit den Protestationen um des Protestes willen oder gar als Hilfsmittel für die Entflammung eines neuen Nationalismus haben wir nichts zu tun. Protest, das ist die einmal aufwendigste Form der Volkshandlung, aber sein wesentlicher Inhalt darf nicht Willkürerfindung sein, sondern zur Willkürerfindung führen, darf nicht eine ewige Wiederholung des schmerzlichen Wortes „Unannehmbar“ sein, sondern muß zur Aufstellung eines annehmbaren Uebereinkommens führen!“

Wer hat dieses „Unannehmbar“ tausende Male wiederholt? Wer hat die neue Kriegshetze der Nationalisten solange unterstützt, bis im Auslande der Eindruck entfiel, daß Deutschland sich zu einem neuen Waffengange rüste. Das war dieselbe Regierung des Herrn Scheidemann, die jetzt vor der ewigen Wiederholung des Wortes Unannehmbar warnt. Nun graut ihr selbst vor den Folgen ihrer Politik, nun fürchtet sie, daß der nationalistiche Laumel auch sie in den Abgrund reißen kann, und plötzlich beginnt sie, vor „den Protestationen“ zu warnen. Öffentlich bleibt ihre neue Ansicht nicht auf halbem Wege stehen!

Der Prolet der Vernunft.

Der Bund „Neues Vaterland“ hielt am Mittwochabend eine Versammlung ab.

Die Kammerfülle war überfüllt; man stand in den Gängen und drängte sich auf den Galerien. 2000 bis 2500 Männer und Frauen lauschten aufmerksam den Rednern, die die Friedensfrage beleuchteten vom Standpunkte des Völkerrechtlers, des Wirtschaftspolitikers und der allgemeinen Politik.

Hauptmann v. B. ergriff den Reigen mit einer beugenden Mahnung zum Schuldbekenntnis, zum Eingeständnis der Fehler der früheren und jetzigen Regierung und auch des Volkes. Aber dieses Bekenntnis muß uns anspornen, auf dem neuen Wege mutig vorwärts zu schreiten, um ein sozial befreites neues Deutschland zu schaffen.

Dr. Seydewitz unterzog den Gewaltfrieden der Entente einer scharfen völkerrechtlichen Kritik im Vergleich mit Wilsons 14 Punkten. Er kam zu dem Ergebnis, daß wir trotzdem annehmen müssen aus nationalen wie auch aus internationalen Erwägungen. Auch er kritisierte scharf die Beschlüsse der jetzigen Regierung.

„Wir müssen waltpolitisch denken und die Tatsachen nicht erkennen“, war der Beigedanke der sehr ausführlichen Vorlesungen Engelbeils Graß, der die geographischen und wirtschaftlich-politischen Fragen des Versailles Vertrages behandelte.

Zum Schluß hielt v. B. eine glühende politische Ansprache. Oft von Trauer- und Wehlaute unterbrochen, kennzeichnete er die unheimlichste, unpopulärste Politik der Regierung von gestern und heute.

Trotz der mehr als dreistündigen Dauer der Versammlung folgten die Anwesenden mit größter Aufmerksamkeit den Rednern, und die wenigen gegnerischen Zwischenrufe läßen häßliche Proteste aus.

Die angenommene Resolution bringt in der Einleitung zum Ausdruck, daß nach dem Zeugnis Romain Rollands in der „Quinzième“ der Bund „Neues Vaterland“ berechtigt ist, gegen den Gewaltfrieden zu protestieren: „Der Bund Neues Vaterland darf bei uns auf Gehör rechnen, denn er ist aufrichtig und reinen Gewissens“, schreibt der große französische Dichter. Die Entschließung schließt dann fort:

„Trotzdem ist und jetzt ein Friedensvertrag vorgelegt worden, der mit den 14 Punkten Wilsons wesentlich unvereinbar ist. Es ist allerdings festzustellen, daß die offizielle deutsche Politik und die öffentliche Meinung Deutschlands in den letzten beiden Jahrzehnten dem pazifistischen Gedanken geradzog feindlich gegenübergestanden hat und daß die gesamte innere und äußere Politik Deutschlands von einem imperialistisch-militaristischen Standpunkte aus geführt wurde. Daraus erklärt sich sowohl der Haß der Welt gegen Deutschland, als auch die Verurteilung der Kriegsschuld. Die Weltenneue dieser Politik Deutschlands waren die Ablehnung des Europäischen Vermittlungsvorschlages unmittelbar vor Ausbruch des Krieges und während des Krieges der Friede von Brest-Litowsk.“

In letzter Stunde rufen wir die Pazifisten und Sozialisten aller Länder auf, sich dafür einzusetzen, daß das Selbstbestimmungsrecht aller Völker einschließlich des deutschen gemäß dem deutschen Volke die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit gleich allen übrigen gelassen werde.

Selbst auch dieser Appell vergeblich sein, so wissen wir, daß Deutschland in seiner Zwangslage den Gewaltkampf weder aufnehmen kann und will. Es könnte aber einen Vertrag, der in einzelnen Bedingungen nicht nur das deutsche Volk, sondern auch alle übrigen Völker schwerstens

schädigt, nur unter Protest und mit der Erklärung, daß er unbillig sei, unterzeichnen.

Unsere Hoffnung bleibt dann nur der Völkerverbund als geistige Weltrevolution. Der Völkerverbund mag in seiner jetzt vorgeschlagenen Form noch so unvollkommen sein, insbesondere ohne Zentralorgane für eine Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft, welche ihn erst lebensfähig machen. Mit die überall unabweislichen politischen Annäherungen werden eine Revision des unerkennbaren und untrüglichen Friedensvertrages nach sich ziehen.

Nicht auf Revanche wollen wir einwirken, sondern auf die Durchdringung der ganzen Welt — so allen auch unserer eigenen Volkes — mit Pazifismus, dessen Voraussetzung höhere Demokratie und Sozialismus sind.“

Verlorene Berichterstattung.

Ganz tatsächlichen konnte die bürgerliche Presse die gemüßigte in der Versammlungsgeschichte Berlins beispiellose Kundgebung der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht. Am Freitagsabend aber herabgeschickten, wannsich diese blühende Rednerfülle und Sprechend höchstens von vielen Tausenden. Dagegen wird die gleichzeitige blühende Versammlung der Reichssozialisten vor dem Ballon des Herrn Scheidemann zu einer Riesendemonstration aufgebläht, an der, wie eine Korrespondenz schreibt, 35-40 000 Personen teilgenommen hätten. Wir haben es nicht nötig, in einen nachträglichen Wettbewerb um die Lösung der Frage einzutreten, welchen Eindruck die eine oder die andere Kundgebung hervorgerufen hat. Wer die Demonstration der Unabhängigen Sozialdemokratie mitgemacht hat, der weiß, daß sich das ganze arbeitende Berlin daran beteiligt hat. Wen das Schicksal außerdem auf den Wilhelmplatz verschlagen hat, der wird dort bemerkt haben, daß die Anhängerschaft des Herrn Scheidemann sich auf eine für Berlin geradezu lächerliche Zahl beschränkt.

Begleitend ist, daß das Reichs-Bureau einen entsprechenden Bericht über die Scheidemann-Versammlung verfehlt, dagegen unsere Kundgebung nur so ganz nebenbei erwähnt. Die Hunderte von Arbeitern, die am Mittwoch ihren Willen für den Frieden und gegen die neue Kriegshetze kundgegeben haben, erschienen für das offizielle Bureau nicht; für dasselbe Bureau, das alle Kundgebungen sorgfältig registriert, die von den Nationalisten ausgehen.

Der „Vorwärts“ berichtet unter der Spitzmarke „Geißel Waffen der U. S. V. D.“ folgende Anekdote aus der Kundgebung von Ludwig:

Gegen 17 Uhr kam ein Soldat aus dem Schlosse von der Westrunderstraße. Auch hatte er das Schloß verlassen, als er von Unabhängigen umgibt und unter Faustschlägen vor das Rednerpult gebracht wurde. Dort wurde er gepöbele, die Hände abgenommen und Hurra zu rufen. Tat es das nicht, so wurde er mit Knüttelschlägen bestraft; dann wurden ihm die Kleider und die Gardelassen abgezogen. Das vor dem Rednerpult, als mit Willigung eines Parteimitgliedes...

Außer dem Berichterstatter des „Vorwärts“ hat nach unseren Ermittlungen bisher kein Mensch einen solchen Vorgang beobachtet. Es sieht ganz so aus, als wenn der „Vorwärts“ diesen Bericht aus dem Schlosse von der Westrunderstraße erhalten hätte und man weiß ja, was diese Berichterstattung wert ist. Die Arbeiter, die gestern im Augustiner versammelt waren, haben anderen gut tun, als irgend einen Rolle-Schreiber zu verprügeln und ihn, was die Vernehmlichkeitsnote besonders lächerlich erscheinen läßt, zum Zurückziehen zu zwingen. Diese Menschen-Sache achtet man, sonst aber läßt man sie laufen.

Handgranaten in einer Versammlung.

Bromberg, 21. Mai.

W. L. W. meldet: In einer von der Deutschen Vereinigung einberufenen öffentlichen Volksversammlung wurde gestern Abend Geheimrat Kleinow den Arbeitern die Darlegung einer deutschen Politik in der Ostmark zu geben. Die nach Tausenden zählende Jubelerschaft verhielt sich aber von vornherein dem Referenten gegenüber ablehnend und verneinend. Diese Befassung durch desert störende Zwischenfälle Ausdruck, daß der Vortragende seine Ausführungen abbrechen mußte. Der Vorsitzende des Volksklub schloß sich darauf, daß dieses Verhalten der Versammlungsteilnehmer zum Ausdruck bringen sollte, daß sich

Krampl.

Von Ulrich A. Schmidt.

(Schluß.)

Sie gehen, Krampl und der Bruder, durch das Gartengebiet, das ihnen gehört. Krampl hat, schlaflos, die ganze Nacht am offenen Küchenfenster gelegen; hinunter gebückt, ob sich in den Mittern etwas rühre. Die Nachbarn drüben, seine Leute mit vielen Kindern, stehen wie die Raben. Krampls Wachsamkeit war gewöhnlich; wieder hatten sie ein wichtiges Quadrat ausgetanzt und die Stauden umhergeschoben. Julius tritt.

Auf einem Wiesenterrain weidet Krampls weiße Ziege. Brunnhild der Familie. Sorgsam geht. Anna, das Dienstmädchen, kommt nachsüßig an. Strahlt auf, da sie Alfred sieht, der immer ein freundliches Wort auf der Zunge hat.

„Vorwärts, Anna, eine Schlange!“ schreit er entsetzt. Anna lacht über das ganze breite Gesicht. „Wie keine Schlange hier, Herr.“

Krampl herrscht sie grundlos an. Ihm ärgert es, daß das Mädchen so behende tut, soeben Alfred im Hause weilt. „Wilde Ziege!“ schilt er vor sich hin, und man weiß nicht, meint er Mensch oder Tier.

Sie gehen weiter. Krampl laut an einem Entschluß. „Sag mal.“ beginnt er endlich, „versucht meine Frau dich gegen mich aufzuheben? Sie glaubt, ich sei an den kranken Weinen und den kranken Augen der Meinen schuld. Ich will bestimmen ich zu hören: Welche Familie ist ganz gesund!“

Aber ich sage dir: sie ist hysterisch. Unheilbar. Der Arzt hat es mir gesagt. Ganz im Vertrauen. Nach einem schweren Anfall.“

Und er dockt seine hochenden Augen tief in die des Bruders. Krampl hat. Mit pathologischer Angst. Alfred weicht aus.

„Sie hat mir nichts über dich gesagt.“ Ihm graut. Die Ziege. Das nennt man Ehe. „Lacht auch doch scheiden.“

Aber Krampl schüttelt den Kopf. „Die Kinder —“ sagt er dumpf. Alfred hat kein Wort mit ihm. Eher mit der Frau. Schon immer war der Bruder ein Spießer. Gelesen, hoch. Arme Frau, denkt er.

Als sie nach Hause kommen, halt Krampl ein alles Gebetbuch hervor, es tut geheimnisvoll, schlägt es auf. „Dies diese

Verse“, sagt er und weist auf vergilbte Schiffsätze, die von Dedel des Buches innen bedecken.

Sie schildern die Todesstunde einer alten Frau. „Was sagst du?“ fragt Krampl gespannt. „Nun“, erzählst Alfred gedehnt. „Sehr gefühlvoll.“

„Gibst du“, sagt Krampl schnell ein, „und Emma behauptet, die Krampls hätten kein Gemüt. Als sie diese Verse auf den Tod unserer Urgroßmutter las, da hat sie gelacht. Da hat sie das Buch entweicht. Ich muß es verbergen.“

Und Julius Krampl zittert: Er schließt das Gebetbuch ein und hebt seine Arme an mit einem Bild, der sagt: Jetzt weißt du selbst, daß ich recht habe.

Über Alfred lächelt er sich hinein. Und er denkt an die noch junge Frau, die nahe daran ist, weß zu werden.

Es ist Abends hell es sich heraus, daß die Ziege verschunden ist. Anna hält bereit: „Gnädige Frau, die Ziege ist fort! Als ich sie holen wollte, war sie weg!“

Krampl tritt nicht an das Mädchen heran, knieft, mit gepreßten Zähnen, ihren Arm und sagt: „Sollten Sie das Tier nicht früher in den Stall bringen? Jetzt ist es fast dunkel. Suchen Sie sie!“

Anna trachtet auf vor Schmerz und entwischt. Frau Emma ist erleichtert. Jetzt kommt das Gerücht. Die neue Ziege.

Krampl, ohne Rücksicht auf den Haß, steht sie an voll häßlichen Hoden. „Eine wichtige Hausfrau! Um alles möchte man sich kümmern. Die neue Ziege — Nun, ich sage dir.“

Die Frau verläßt flüchtig das Zimmer. Krampl legt sich hin. Dumpf. Alfred steht gespannt auf den Verlauf der Tragödie.

Nach einer Weile rennt Krampl, in Bombärmeln, zur Tür hinaus. Die Treppe hinab. Er murmelt. Er schluchzt. „Die neue Ziege.“

Unter ist es ganz dunkel. Von der Annas Stimme. Der hellen Kermal Krampls beschreiben in die dunklen Gänge der Finsternis. Alfred läßt, noch gelendet, über die Kontur des Hinweg laufend, an Weibchen. Eine Schalter, die guckt. Er hebt die Hand.

Andere Flechten. Rasches Gesicht. Da läßt er einen warmen, lebenden Hund. Und dieser Hund läßt ihn wieder. Weiße Arme umfassen ihn mit sanftem Schlag.

Doch die Ziege ist verschunden. Plötzlich murmelnd kommt Krampl durch das Dunkel vor gestolpert.

Die Arme läßt sich. „Was steht Ihr hier so stumm?“ Alfred verstaubt eine läche Antwort.

Sie gehen die Treppe hinauf. Frau Emma schlief sich in ihrem Zimmer ein. Krampl steht im Nichts der Gaslampe, gerinnert, vorwärt. Seine Worte ist offen. Die Krampls haumelt. Er schreit. Seine schützenden Haare, geräusch, triffen. Ein Bild des Schmerzes.

Doch Alfred kann nicht trösten; er heißt jedes aufsteigende Wort hinab und geht in sein Zimmer. „Die neue Ziege —“ weint Krampl vor sich hin.

Am nächsten Morgen fanden sie das Tier im Stall des Hofes „Zum Steen“. Es hatte sich losgerissen. Und wurde eingefangen. —

Anfangs schien es, als wollte der Deut im Hause Krampl weichen. Doch er blieb.

Mürrisch ging Krampl durch die Räume. Der dunkle Verlust hatte ihm wieder den Manuskript des Schicksals gezeigt.

Wenn der Bruder nur erst fort wäre, dann würde er ein neues Regiment beginnen. Er mußte sich eben um alles kümmern. — Das Verhältnis zwischen den Ehegatten wurde unerbittlich. So ist sie einander haben, fügen häßliche Worte. Emma war durchaus aggressiver geworden, und ihr leiser Dohn, den eine so lange Unterdrückung gesüßelt hatte, wich allmählich scharfen, heftig geschleuderten Worten. Dabei blühte sie unerschütterlich. Ihre Wangen wurden blutgerötet; ihr Gesicht leuchtete. Halbflügel, unerschütterlich wie ein Stein, war sie ein in diese Ehe hineingetaumelt. Und alles, was man Alfred, im Laufe der letzten Tage, als Zeugen anwesend, was auf unbillige Gegenstände der Charaktere hin.

Alfred lag in seiner Hängematte unten am Fuß. In tiefen Schattien. Er erhob sich und ging — es war um die Mittagszeit — nach Hause.

Alfred sanderte seine Gefühle dem Bruder gegenüber. Er sah: Epiphantum in seiner tragischen Form. Absolute Verunsicherung. Sein Kuftrieb. Geiliger Tod. Dimelken am

Die Arbeiter gegen die Gewalttätigkeit der Deuts...
Die Veranstaltung wurde nicht mit ihr gemein...
Die Veranstaltung wurde nicht mit ihr gemein...
Die Veranstaltung wurde nicht mit ihr gemein...

Dieser offizielle Bericht schneidet sich über die Herkunft...
Sollen auch hier wieder Kooptation...
Dieses Schweigen des W. L. B. in Berlin über...
das wichtigste, von dem die Handgranaten geworfen...
wurden, ist imso bemerkenswerter, als das Wolff-

Im Verlaufe der Debatte demüthigte sich infolge pseudo...
historischer Zwischenrufe der Beginn der Versammlung eine...
angelegte Erregung, die in eine Panik ausartete, als am...
Schluss unter Führung von Offizieren bewaffnete Sel-

Danach hat sich das Wolff-Bureau hier einer großen...
Trennung der öffentlichen Meinung schuldig gemacht...
die aneinander absichtlich im unklaren gehalten...
werden sollte, wer die Verantwortlichen auf friedliche Versamm-

Ledebour vor den Geschworenen.

Die heutige Sitzung begann erst kurz vor 10 Uhr. Das...
Gericht wartete auf das Erscheinen eines Geschworenen...
Schließlich stellte sich heraus, daß der Herr erkrankt war...
und es wurde nunmehr ein Ersatzmann für ihn bestimmt.

Der Staatsanwalt Zumbroich erklärte hierauf, daß in...
der Presse gestanden habe, Rechtsanwalt Liebnecht habe...
gelehrt die Anklage gebrannt, durch die Art der Prozeß-

führung wolle man Ledebour mundeln. Herr Zumbroich...
besag diese Anklage auf sich. Liebnecht habe ihm...
habe den Vorwurf gemacht, er wolle Ledebour mundeln.

Er bezeichnete dies als eine gemeine und nieder-...
würdige Verdächtigung. Rechtsanwalt Liebnecht wies darauf hin, daß er...
diese Anklage nur zu seinen Kollegen gegen habe, er habe...
damit lediglich die Art der Prozeßführung kennzeichnen

wollen. Die sich nicht heute, aus Ärgernis, die in ganz...
anderen Zeitungen und an ganz anderen Orten erschienen...
sien, dem Angeklagten Ledebour einen Strich zu drehen.

Die Anklage ist auch nur von einem einzelnen Bericht-...
erstatter, Herrn Thiele, angehört worden. Die Auseinander-...
setzungen darüber nahmen seitens der Staatsanwaltschaft

keine rechtliche Form an. Rechtsanwalt Liebnecht ließ...
sich aber nicht aus der Ruhe bringen. Das Gericht sah von...
der Verhängung einer Ordnungsstrafe ab, da es den

Angeklagten des Rechtsanwalts Liebnecht glauben beimah...
te. Im Namen der Verteidiger verwarnte sich hierauf...
Rechtsanwalt Rosenfeld noch einmal gegen das Hinein-

tragen von nicht zur Sache gehörigem Beweismaterial der...
Staatsanwaltschaft in diesem Prozeß. Durch dieses Verfahren...
wolle man hinterrum auf die Geschworenen einwirken.

Der Vorfall des „Vorwärts“ Hilberte die Befehung...
des Gebäudes am 5. Januar, und der Genosse Ledebour...
fragte dabei mit Recht, was diese belanglosen Angaben denn...
eigentlich mit seiner Prozeßsache zu tun hätten.

Hierauf trat der Vorwärtsredakteur Kuttner auf...
der dem Raub des „Vorwärts“ im Jahre 1916, von den...
Kriegsgefangenen der Berliner Arbeiterkassette derübt...
eine rechtliche Unterlage zu geben versuchte. Dann schiederte

er die verschiedenen Berichte, die die sozialistische Arbeiter-...
schaft unternehmen hat, um sich ihr rechtmäßiges Eigentum...
wieder zurückzuerobern. Beweismaterial, daß Genosse Ledebour

an der Befehung des „Vorwärts“ am 5. Januar An-...
teil hatte, wird Herr Kuttner kaum vorbringen können. Die...
Berliner Arbeiterkassette steht auch heute noch auf dem Stand-

punkt, daß sie der rechtliche Eigentümer des „Vorwärts“...
ist. Das ist die Auffassung des gesunden Rechtsempfindens...
überhaupt. Mit Aufrubr, Räubersführung, Vergewaltigen gegen

das Sprengstoffgesetz hat diese Meinung absolut nichts...
zu tun. Wir sind neugierig, wie der Staatsanwalt daraus seine...
Anklage gegen den Genossen Ledebour konstruieren wird.

Das Räteystem bei den Staatsbahnen.

Die am 5. Mai begonnenen Verhandlungen zwischen dem...
Ministerium der öffentlichen Arbeiten und dem provisorischen...
Zentralrat der Eisenbahnarbeiter sowie den Vertretern der

Organisationen haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt...
Das Ministerium lehnte es zunächst ab, auf Grund der auf der Kon-...
ferenz der Eisenbahnarbeiter beschlossenen Richtlinien zu ver-

handeln. Statt dessen legte es einen Entwurf der Verwaltung...
vor, in dem lediglich eine Interessenvertretung der Eisenbahn-...
arbeiter auf Grund einer Verordnung vom 28. Dezember 1918

vorgelesen war. Nach diesem Entwurf sollen als Vertretungs-...
körper Ausschüsse, Arbeiterräte und Arbeiter-...
kommissionen gebildet werden. Die in diesen Körperchaften den

Arbeitern zuzustehenden Rechte sind so unbedeutend, daß der...
Zentralrat, u. d. die Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes...
es ablehnen mußten, auf dieser Grundlage weiter zu verhandeln.

Bezeichnendweise erklärten die Vertreter des Allgemeinen...
Eisenbahnerverbandes (AmE) und der Gewerkschaft...
Deutscher Eisenbahner (GEB) den Regierungsentwurf für

weitgehend genug. Vom Zentralrat und den Vertretern des Deutschen Eisen-...
bahnerverbandes wurde eine Erklärung abgegeben, worin...
der vom Ministerium vorgelegte Entwurf als ein Rückschritt

bezeichnet wird. Die Eisenbahner seien jedoch bereit, an der...
Vollziehung des Entwurfs mitzuwirken, wenn ihnen die Ge-...
währ gegeben werde, daß bis zur Schaffung des Gesetzes über

die Wahl der Betriebsräte, die jetzt bestehenden, in ihrer Tätigkeit...
nicht beeinträchtigt werden dürfen. Sollte diese Gewähr nicht...
gegeben werden können, so könnten die Vertreter des Eisenbahner-

verbandes sich an den Verhandlungen nicht mehr beteiligen...
Das Ministerium kommt auf diese Erklärung keine be-...
friedigende Antwort geben. Die Verhandlungen wurden

infolgedessen abgebrochen. Es sollen nun über die Richtlinien...
zur Einführung des Räteystems bei den Staatsbahnen im Staats-...
ministerium und im Reichsarbeitsministerium weitere Verhand-

lungen eingeleitet werden. Sollten auch diese Verhandlungen...
ohne Erfolg bleiben, so werden die Eisenbahner alle ihnen...
zur Verfügung stehenden Nachmittel anwenden,

um ihre Rechte zu erlangen. Es liegt im Interesse unserer ge-...
samen Volkswirtschaft, wenn die Regierung den berechtigten...
Forderungen der Eisenbahner volles Verständnis entgegenbringen

würde. Der Vorfall des „Vorwärts“ Hilberte die Befehung...
des Gebäudes am 5. Januar, und der Genosse Ledebour...
fragte dabei mit Recht, was diese belanglosen Angaben denn...
eigentlich mit seiner Prozeßsache zu tun hätten.

Hierauf trat der Vorwärtsredakteur Kuttner auf...
der dem Raub des „Vorwärts“ im Jahre 1916, von den...
Kriegsgefangenen der Berliner Arbeiterkassette derübt...
eine rechtliche Unterlage zu geben versuchte. Dann schiederte

er die verschiedenen Berichte, die die sozialistische Arbeiter-...
schaft unternehmen hat, um sich ihr rechtmäßiges Eigentum...
wieder zurückzuerobern. Beweismaterial, daß Genosse Ledebour

an der Befehung des „Vorwärts“ am 5. Januar An-...
teil hatte, wird Herr Kuttner kaum vorbringen können. Die...
Berliner Arbeiterkassette steht auch heute noch auf dem Stand-

Der Bund es seinen Mitgliedern zur Pflicht macht, sich zum...
einen Rätegedanken zu bekennen. An Stelle des erkrankten...
Genosse Däumig hält dann Herr Kress das erste Wort. Das...
„Rätegeheim“ berichtet darüber:

„Ich kann Ihnen, so begann Herr Kress, kein fertiges Räte-...
system vorlegen; denn dieses muß erst geschaffen werden. Ein...
Zweck ist es, wenn man glaubt, das in Rußland vorwiegend...
Räteystem bestehe sich ohne weiteres auf Deutschland übertragen

Kann denn nicht Ihnen keinen Vortrag über ein solches Räte-...
system halten. Das, was er gegenwärtig aufzubauen versucht...
weist von dem früheren wesentlich ab. Seine Schritte sind ein-...
deutig gerichtet, er muß manchen Kopf gerüttelt und sich in die

Wirklichkeit zurückfinden. Hier setzte bereits der Widerspruch...
der Versammlung ein, und er wurde immer lauter, als Herr...
Kress erklärte, daß auch Herr Däumig etwas in viel versprochen

habe. Gerade durch denjenigen Antrag, den Däumig, der eine...
führende Rolle in der Partei der Unabhängigen spielt, auf dem...
Rätekongreß vertreten habe, habe er bewiesen, daß er den Räte-
gedanken noch nicht zu Ende gedacht habe. Einen unzeitigen

Antrag nennt ihn Herr Kress, vielleicht nicht ganz unzeitigen...
„Als später Herr Kress nochmals betonte, daß er der Versamm-...
lung sein endgültiges Räteystem vorlegen könne und als er auf...
Zurufe hin erklärte, daß auch die R. P. D. die sich als Träger des

reinen Rätegedankens aufstelle, noch kein Programm vorgelegt...
habe, da wird er durch beständigen Widerspruch und veräuserte Schluß-...
rufe genötigt, seinen Vortrag abzubrechen.“

Nach Kress sprach Herr Gunkel über die „Politik-...
ische Verantwortung der Intellektuellen.“ Das...
„Rätegeheim“ hat darüber:

„Wir bedauern, daß Herr Kress gezwungen wurde, seine...
Ausführungen abzubrechen; denn das Recht der Herrn Gunkel...
war noch weit weniger als dasjenige seines Vorgängers geachtet...
die Versammlung über den wesentlichen Inhalt des Rätegedankens

aufzulösen.“ Der Vorfall des „Vorwärts“ Hilberte die Befehung...
des Gebäudes am 5. Januar, und der Genosse Ledebour...
fragte dabei mit Recht, was diese belanglosen Angaben denn...
eigentlich mit seiner Prozeßsache zu tun hätten.

Hierauf trat der Vorwärtsredakteur Kuttner auf...
der dem Raub des „Vorwärts“ im Jahre 1916, von den...
Kriegsgefangenen der Berliner Arbeiterkassette derübt...
eine rechtliche Unterlage zu geben versuchte. Dann schiederte

er die verschiedenen Berichte, die die sozialistische Arbeiter-...
schaft unternehmen hat, um sich ihr rechtmäßiges Eigentum...
wieder zurückzuerobern. Beweismaterial, daß Genosse Ledebour

an der Befehung des „Vorwärts“ am 5. Januar An-...
teil hatte, wird Herr Kuttner kaum vorbringen können. Die...
Berliner Arbeiterkassette steht auch heute noch auf dem Stand-

punkt, daß sie der rechtliche Eigentümer des „Vorwärts“...
ist. Das ist die Auffassung des gesunden Rechtsempfindens...
überhaupt. Mit Aufrubr, Räubersführung, Vergewaltigen gegen

das Sprengstoffgesetz hat diese Meinung absolut nichts...
zu tun. Wir sind neugierig, wie der Staatsanwalt daraus seine...
Anklage gegen den Genossen Ledebour konstruieren wird.

Der Bund es seinen Mitgliedern zur Pflicht macht, sich zum...
einen Rätegedanken zu bekennen. An Stelle des erkrankten...
Genosse Däumig hält dann Herr Kress das erste Wort. Das...
„Rätegeheim“ berichtet darüber:

„Ich kann Ihnen, so begann Herr Kress, kein fertiges Räte-...
system vorlegen; denn dieses muß erst geschaffen werden. Ein...
Zweck ist es, wenn man glaubt, das in Rußland vorwiegend...
Räteystem bestehe sich ohne weiteres auf Deutschland übertragen

Wiedereröffnung des bayerischen Landtags.

München, 21. Mai.
Der bayerische Landtag trat heute nach-...
mittag zu seiner ersten Arbeitssitzung zusammen. Ein...
Regierungsvorsteher leitete mit, daß der Entwurf einer endgültigen

Verfassung für den Freistaat Bayern dem Landtag in...
der nächsten Woche vorgelegt werden werde. General Abbeville teilte...
namens der Regierung mit, daß der sogenannte Grenzschutz

im Allgäu, der Oberpfalz und Oberbayern jetzt nach Wiederer-...
öffnung der Ordnung aufgestellt werde. Nach Beantwortung einer Inter-...
pellation über die Koalitionsfreiheit wurde die Sitzung

auf morgen vertagt.
Bayerische Literatur.
„Die Rätegeheim“ Nr. 4 mit Kinderbeilage ist schon...
erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Dünke Ritz;

Die historische Schuld der Rätegeheim. — Emanuel Wurm;
Unsere Nahrungsnot. — Fritz Wulff; Aus meinen Besprechungen...
in der Rätegeheim. — R. W.; Die Wohlfahrt der

Frauen. — Clara Weigl; Reichstagspolitik in der Preussischen...
Landtagsversammlung. — Jakob Ritz; Was können wir für...
unsere Kinder tun?

„Alles beim alten.“
Was haben von des „sozialistischen“ Regierung bekämpf...
wurde, lebt alles munter weiter. Die Schupfart der Wucher. Die

Militärgerichtsbarkeit. Die Klassenjustiz. Geschworenenbanken ohne...
Arbeiter. Die Klassenverteilung bei der Eisenbahn. Die herab-...
lassende und herabwürdigende Behandlung des Publikums (beson-

ders an Schaltern) durch ein sich fühlendes Beamtenbrot. Der...
wichtige Dunkel der Militärärzte und der Offizierskamarilla. Es...
ist alles noch verkommen im lieben deutschen Vaterland des

Der national-deutsche Spießer.

Walter Gassenleber ist bei einem Vortrag seiner...
von biederer Blut und revolutionärer Leidenschaft erklärten...
Bedachte vorgerückt am Abend in Kiel vom nationaldeutschen...
Rede zum Nationaldeutschen und mit Verfolgung bedroht worden.

So geschah sechs Monate nach der Revolution, die in Kiel ihren...
Ausgang nahm. Der deutsche Spießer ist unanfechtbar. Er...
ist bei hellem und dunklem Bier geeignet für Barbengänger. Er...
ist für Max Kerner, seine Heier und Bismarck. Er hat kein

Die kleine Krampffs zittern, sein Gesicht ist ganz grau, aber...
seine Worte fallen, wie immer, langsam und schleimig:
„Nun — seht Ihr so weit? Ein schönes Gesicht. Dich

sönnte ich schlagen, du Lump. Doch ich verziehe. Und du? Du...
Quack? Wer hat nun kein Gemüth? Ich? Oder du?“
„Ich gehe zu meinen Eltern zurück, die du immer beschimpft

hast“, sagte Emma, beherrscht und hart.
Krampffs Fingerzippen gabeln flatternd abwärts. Aber er...
bleibt, wie vermurzelt, stehen.

Krampffs erhebt sich plötzlich, reißt die Schulten und sagt:
„Gute Ede zu Ihnen, ist eine Wohlthat für euch Beide. Gute...
Ede war ein Eohn, eine Schande. Sie war unmoralischer als

das, was ich tat. Jetzt ist Emma frei. Sie ist gerettet. Sonst...
wäre sie demselben jenseitigen Stodum verfallen wie du. Ich be-...
reue nichts!“
Noch einmal guckt er in Krampffs Hände, als wollte er

auf Bruder und Frau sich werfen.
Dann nimmt er die Kleine wieder auf den Arm und wandt...
zur Tür.
„Ich gehe und lasse euch Zeit. Hütet euch!“ — und seine

Carrié ddt er humpfständig dahin und duldet bei seiner geliebten...
„Leichtschirgen“ Ruhe nur Joten (in „patriotischer“ Verbren-...
nung). Die Zensur ist heute vor allem im Parkett, und die ist

unerbittlich. Was Peter Panter jactisch in der „Weltbühne“...
sagt, gilt nicht nur dem Brett! Doppelt peinlich wirkt heute diese...
süße Sude des deutschen Epichers, seine Ruhe aber alles zu

lassen und den erdarmungslos auszuspeisen, der es wohl, anderer...
Meinung zu sein. Wenn die Bieder einmal nicht farblos abtorn...
sind, dann sind sie bestimmt nationalitisch. Gott segne dieses Volk!

Was haben von des „sozialistischen“ Regierung bekämpf...
wurde, lebt alles munter weiter. Die Schupfart der Wucher. Die

Militärgerichtsbarkeit. Die Klassenjustiz. Geschworenenbanken ohne...
Arbeiter. Die Klassenverteilung bei der Eisenbahn. Die herab-...
lassende und herabwürdigende Behandlung des Publikums (beson-

ders an Schaltern) durch ein sich fühlendes Beamtenbrot. Der...
wichtige Dunkel der Militärärzte und der Offizierskamarilla. Es...
ist alles noch verkommen im lieben deutschen Vaterland des

Gewerkschaftliches.

Delegiertenversammlung der Zimmerer.

Die am Mittwoch im Fürstendhof abgehaltene Delegiertenversammlung wurde von Bludau mit einer Erklärung eröffnet, die einen Vorstoß gegen den Beschluß, den „Vorwärts“ nicht mehr als Publikationsorgan zu betrachten, darstellte. Mit 61 gegen 56 Stimmen wurde jedoch beschlossen, zunächst in die Tagesordnung einzutreten. Als erster Punkt besetzte sich die Versammlung mit der Stellungnahme und Beschlüßfassung zu den Tarifverhandlungen. Hierüber führte Venada folgendes aus: Nachdem der Schiedsspruch vom 23. April abgelehnt worden war, hatte das Berliner Wohnungsamt erneute Verhandlungen angebahnt. Die Unternehmer wollten einen Einheitslohn von 2.75 M. ab 17. Mai und 2.80 M. ab 1. Juli gewähren. Das war gegen den Schiedsspruch, der nur 2.60 M. vorsah, ein Erfolg. Im übrigen soll jedoch der Schiedsspruch bestehen bleiben. Venada besuchte die einzelnen Bestimmungen, insbesondere die Ueberstundenentschädigung, die Stellung von Werkern durch die Arbeitnehmer und den Jahrgelderlohn. Der Tarif soll bis 31. März 1920 gelten mit halbjähriger Lohnrevision. Redner empfahl, dem Vorschlag zuzustimmen.

Die Aussprache dieses zeitweilig äußerst stürmisch, weil die rechtssozialistischen Zimmerleute vielfach mit erregten Zwischenrufen eingriffen. Darin aber stimmten alle Redner überein, daß die Zustände ganz ungenügend sind. Und doch vertreten sie alle fast ohne Ausnahme den Standpunkt, dem Vorschlag müsse zugestimmt werden. Es wurden denn auch 87 gegen 11 Stimmen für Annahme abgegeben.

Hierauf stand ein Antrag zur Debatte, zehn monatliche Extrabeiträge von 1 M. zu erheben. Der Antrag wurde mit 84 gegen 34 Stimmen abgelehnt. Dann kam der eingangs erwähnte Vorstoß zur Verhandlung. Vom Vorstand legte Reumann der Versammlung eine Verlesung vor. Er schlug vor, sowohl in der „Freiheit“ als auch im „Vorwärts“ Bekanntmachungen zu erlassen, Druckaufträge aber der „Freiheit“ zu überweisen. In der Aussprache gingen die Wogen der Erregung wieder außerordentlich hoch. Beschlossen wurde dem Vorschlag Reumanns gemäß.

Die Angestellten in den Berufsgenossenschaften.

Auch in den Berufsgenossenschaften sind die Angestellten dabei, eine neue Dienst- und Besoldungsordnung zu schaffen, die den veränderten Lebensverhältnissen entspricht. Es herrscht jedoch innerhalb dieser Angestelltenkreise noch keine einheitliche Auffassung darüber, wie das Dienstverhältnis in Zukunft zu gestalten ist. Eine Richtung ist für die absolute Beamtenstellung im Sinne der Staatsbeamten, eine zweite will wohl die Gehälter und Rechte der Beamten, will aber nicht deren Pflicht übernehmen, eine dritte endlich will die freie Regelung der Gehalts- und Angestelltenverhältnisse wie die freien Angestelltenverbände. Die Schwierigkeiten in der Ueberwindung dieser verschiedenen Richtungen liegen in der teilweise langen Dienstzeit, 20 bis 30 Jahre, die ein Teil der Angestellten hinter sich hat.

In einer Versammlung, die am Dienstag für die im Verband der Bureauangestellten organisierten Angestellten der Berufsgenossenschaften stattfand, wurden von dem Vorsitzenden Krele alle die erdachten Strömungen und Schwierigkeiten erwähnt und betont, daß sich die ganze Bewegung in der Hauptsache um die Fragen des Mitbestimmungsrechts und der lebenslänglichen Anstellung drehe. In der Diskussion kam im allgemeinen der Wunsch an die dritte Richtung, aber für Mitbestimmungsrecht und teilweise auch für lebenslängliche Anstellung zum Ausdruck. Es wurde aber auch von einzelnen Rednern die Meinung in auferordentlich scharfer Position ausgesprochen, gegen das Mitbestimmungsrecht polemisiert, da es dem lebenslänglichen Angestellten nur Nachteile und Hindernisse bringe. Diese Meinung erhielt allerdings nicht den Beifall der Versammlung, aber es ist außerordentlich bemerkenswert, wie manche Angestellte noch im alten Beamtenstande befangen sind und der persönliche Egoismus jedes Interesses für die Allgemeinheit überwiegt. Die Abstimmung über die Frage: für lebenslängliche Anstellung und Mitbestimmungsrecht ergab mit großer Mehrheit deren Annahme.

Die Lage der kaufmännischen Angestellten der Lebensmittelbranche.

In keiner Branche liegen die Verhältnisse für die darin Beschäftigten so darnieder als in der Lebensmittelbranche. Aber während sich die kaufmännischen Angestellten der anderen Branchen längst aufrufen, sich gewerkschaftlich organisieren, um dann mit Hilfe der Organisation ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, ist in der Lebensmittelbranche alles beim alten geblieben. Die Gehälter setzen meist unter aller Kritik und sind oftmals so niedrig, daß man sich wundern muß, wenn sich dafür überhaupt noch Arbeitskräfte finden. Monatsgehälter von 30, 40 und 50 Mark für Berufstätigen sind keine Seltenheit, während es Filialleiter und Filialleiterinnen gibt, die noch Sätze von 70, 70, 60 Mark und darunter pro Monat beziehen.

Einige Kollegen, die erkannt haben, daß es nicht so weitergehen kann, fordern daher die kaufmännischen Angestellten der Lebensmittelgeschäfte auf, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um mit vereinten Kräften den Kampf für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage aufzunehmen. In Betracht kommen alle Verkäufer und Verkäuferinnen, Filialleiter und Filialleiterinnen in den Futtergeschäften, Kolonialwarengeschäften, Kaffeehäusern, Konfitürengeschäften usw. Die Kolleginnen und Kollegen werden

aufgefordert, sich an die freie Gewerkschaft, den Zentralverband der Handlungsgehilfen, Berlin, Rünigstraße 20, wegen ihres Eintritts zu wenden.

Die Angestellten der Schlesischen Dampfer-Compagnie Berliner Lloyd Akt.-Ges. befinden sich seit Dienstag nachmittag im Streik. Da diese Betriebe über mehrere hundert Schiffe verfügen, so wird durch diesen Streik Handel und Industrie sowie auch ein Teil der Lebensmittelversorgung stark berührt. Die Ursache zum Streik beruht in der Tatsache, daß man mit dem Angestelltenausschuß vereinbarte Gehälter nicht auszahlte. Mit der zuständigen Organisation, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, hatte die Direktion abgelehnt zu verhandeln.

Eine Reichskonferenz der Vertreter der Kriegsschädigten sämtlicher Reichs- und Staatsbetriebe findet am 28. Mai in Erfurt statt. Anfragen sind zu richten an August Flache, Gewerkschaftsbüro Erfurt.

Groß-Berlin.

Im Schmolllwinkel.

Die Wilmersdorfer Rechtssozialisten sind besonders stolz darauf, eifrig das Werk der Einigung der sozialistischen Parteien fördern zu helfen. Sie rufen in Worten entzückt von den immer noch führenden Männern wie Koske und Scheidemann ab, sie brauchen sich an unerbittlichen Einigungsproben, aber zu irgendeiner praktischen Tat vermögen sie sich gleichwohl nicht aufzuraffen. In einer Sitzung des kommunalen Arbeiterrates am letzten Sonnabend bot sich wieder eine Gelegenheit, das wahre Gesicht dieser Einigungsapostel zu erkennen. Der Vollzugsrat Groß-Berlin hatte entsprechend den Beschlüssen der Vollversammlung bestimmt, daß Stadverordnete nicht gleichzeitig Mitglieder des Arbeiterrates sein können, und daß die Kommunisten bis zur Regelung eines einheitlichen Verfahrens ebenso wie die anderen sozialistischen Parteien Anspruch auf paritätische Besetzung haben. Als in der Sonnabend Sitzung die zehn Vertreter der R. P. D. erschienen, weigerten sich die Rechtssozialisten, überhaupt zu verhandeln, indem sie sich auf die einberufene „nichtöffentliche“ Sitzung beriefen. Wenn sie nicht hinter verschlossenen Türen bleiben können, dann verzögerten diese Revolutionäre schon lieber auf die ganze Verhandlung und ziehen sich schmolldend zurück. Das hinderliche bei beiden anderen Fraktionen nicht, gemeinsam in der Öffentlichkeit über die weitere zu ergreifenden Schritte zu beraten. Es ist selbstverständlich, daß die Unabhängige Fraktion, wie das der Genosse Jabin zum Ausdruck brachte, die Gleichberechtigung der R. P. D. mit aller Entschiedenheit vertritt und den fadenscheinigen Hinweis auf die niedrigere Mitgliederzahl schon mit dem Einwand zurückweist, daß unter dem glänzenden Regime der Sozialpatrioten die Kommunisten eine öffentliche Propagandaarbeit überhaupt nicht zu entfalten vermögen. Die Rechtssozialisten in anderen Kommunen, wie in Schöneberg, haben sich dieser Ansicht nicht verschließen können. Unseren S. P. D.-Leuten hätte die elementare politische Klugheit sagen müssen, daß gerade in Wilmersdorf, einem der Hauptstützen gegenrevolutionärer Elemente, der Augenblick für ein entschlossenes Vorgehen der sozialistischen Parteien gegen das gesamte Bürgertum gekommen ist. Die Bürgerlichen, entzückt über das sozialistische Symbol der Novemberrevolution, über den Arbeiterrat, das einzige Symbol der Novemberrevolution, über die Rechtssozialisten haben schon bei der Verhandlung in der Stadtverordnetenversammlung gezeigt, wie wenig ernst sie, mit dem Stadterordneten Lüdemann an der Spitze, diesen Kampf zu führen entschlossen sind. Es muß und wird Sache der wirklich revolutionären Arbeiterklasse sein, sich hier wie überall in treuer Solidarität hinter die Arbeiterräte zu stellen, ihre Existenz und ihre Machterweiterung allen Widersänden zum Trotz zu erzwingen.

Der neue Geist in der Schule.

In unserem Bericht über den sonderbaren Unterricht in der Fortbildungsschule in der Grünhaldenstraße, wird uns ergänzend mitgeteilt, daß viele Schüler sich weigerten, die 3 Strophen des Liedes: „Deutschland, Deutschland über alles“ mitzusingen und daß dabei ein Schüler auf wenig einwandfreie Weise aus der Aula entfernt wurde. Als Schüler auf den Rechtschreibprozess hinwiesen, sagte der Direktor Tropsch: Liebknecht ist der Mann, der uns ins Unglück gestürzt hat. Und der Lehrer Anasch meinte u. a.: Die Offiziere hätten vor den Arbeitern die große Last des Krieges zu tragen gehabt.

Die Lehrer sollten sich überlegen, daß sie sich in der Schule befinden und nicht in ihren politischen Vereinen.

Die Fraktion der U. S. P. - Mitte teilt mit: Die Schwerebeschädigten der Waffen- und Munitionsfabriken wurden am 25. Januar in Martinisfelde und Wittenau wegen Schließung der Betriebe entlassen. Durch Verhandlungen des Arbeiterrates und des Internationalen Bundes der Kriegsschädigten war es möglich, daß die Kriegsschädigten im Kugellager Wittenau wieder eingestellt und ihre Löhne rückwirkend bis zum Januar nachbezahlt wurden. Die Kriegsschädigten beantragten eine Sammlung, die eine Summe von 2100 Mark ergab. Ein Drittel dieser Summe wurde dem Internationalen Bund der Kriegsschädigten, ein weiteres Drittel den Inpartiierten und das letzte Drittel dem Agitationsfonds der Fraktion der U. S. P. D. - Arbeiterräte überwiesen. Die Fraktion der U. S. P. D. - Arbeiterräte spricht hiermit den Kriegsschädigten ihren besten Dank aus.

Der neu gewählte Niederbarnimer Kreisrat tritt in seiner ersten Sitzung am 3. Juni zusammen. Die Stärke der Parteien im neuen Niederbarnimer Kreisrat ist folgende: 25 Reichssozialisten, 19 Unabhängige, 10 Deutschnationale, 5 Deutsche Sozialisten und 10 Demokraten. Es stehen also insgesamt 44 sozialdemokratische 25 bürgerliche Kreisratsabgeordnete gegenüber. Im Teltower Kreisrat hat sich das Verhältnis der sozialistischen zu den bürgerlichen Abgeordneten gegenüber der ersten Wahlperiode Ermittlung noch endgültiger Feststellung verschoben. Hier sind 28 Reichssozialdemokraten, 11 Unabhängige, 14 Demokraten und 22 Vertreter der Rechtsparteien gewählt worden. Die Sozialdemokraten haben demnach eine Stimme Mehrheit.

Die Betriebswerkstätten der Stadt Berlin, Gormannstr. 17, die in den Kriegsjahren große Aufträge in Reparaturarbeiten ausgeführt haben, sind allmählich zur Friedensarbeit übergegangen. Da der Rohstoffmangel große Neuankertigungen unmöglich macht, haben sie sich vor allen Dingen dafür eingerichtet, Instandsetzungsarbeiten an Wägen auch für Privatbahnhaltungen zu übernehmen. Das Material muß von den Auftraggebern zugeführt werden, während die Werkstätten den Radsätzen liefern. In der Kleiderabteilung werden Kleider neu angefertigt und umgearbeitet, es arbeiten ebenfalls das Stoffmaterial zum Auftragen und das Garn von den Werkstätten geliefert wird. Auch Wenden von Herrenanzügen, Neuankertigung und Umarbeitung von Mänteln in Ankleidekleidung wird in der von Schneidern geleiteten Abteilung übernommen. Die Preise werden nach angemessener Stundenlohn berechnet. — Es ist eine Einrichtung, die von denen, die sie kennen, mit Dank benutzt und sicher von denen, die es erfahren, mit Freude begrüßt wird.

Obligatorische Spielnachmittage unter Aufsicht von Lehrkräften sollen in familiären Spandauer Schulen eingerichtet werden. Der erzieherische Hauptzweck dieser Veranstaltungen ist, daß Lehrer und Schüler sich näher kennen lernen können. Jede Klasse soll mindestens zwei Stunden in der Woche spielen. Es kommen nur die oberen Klassen in Betracht, bei den Gemeindeschulen die Schüler im Alter von 12—14 Jahren. Um die Spielnachmittage möglichst einheitlich zu gestalten, werden die Lehrkräfte vorher an einem Kursus teilnehmen.

Lebensmittellieferanten.

Stoaken. Am Freitag wird auf Abschnitt 1 der Kettstraße Grund der Kundenliste weiter abgegeben. In der Geschäftsstelle Glendie-Hessensmühl werden frische Schellfische zum Flußpreis von 1,00 M. in beliebigen Mengen an die Einwohner abgegeben.

Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Extra-Zahlabend der 3. Gruppe Freitagabend 7 Uhr im Volkshaus.

Cöpenick. Freitag, den 23. d. M., Mitgliederversammlung des Wahlvereins im „Schneizergarten“, Rindensstraße, um 7 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Referat über Zeitungswesen. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neubrück, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck und Verlagsvertrieb: Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Heft 4

ist soeben erschienen!

Aus dem Inhalt:

Die Bewaffnung der Bourgeoisie

Bilder von der Friedenskonferenz.
Bilder aus dem Kali- und Kohlenbergbau.
Notstandsarbeiten am Mittellandkanal.
Karikaturen u. a.
Der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens.
Von Prof. Ballod.
Leo Tolstois Roman „Der Teufel“.
Preis 20 Pfennig.

Abonnement Mai/Juni M. 1.60
Nr. 1-3 können noch nachgeliefert werden.

Ju haben in allen Buchhandlungen, Zeitungsverkäufstellen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, sowie im Verlag, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

De. lagogenossenschaft „Freiheit“ e. m. b. H.
Berlin N. W. 6, Schiffbauerdamm 19.

Soeben erschienen:

Annehmen oder ablehnen?

Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede

Mit Beiträgen von K. Kautsky, Gg. E. Graf, C. Ballod, A. Stein, R. Hilferding und H. Haase.

Preis 50 Pfennig.

Buchhändler, Spediteure und Zeitungshändler wollen sofort ihren Bedarf anmelden.

Verteiler in allen Orten Deutschlands gesucht!

U. S. P. D. Pankow

Aula des Lyzeums, Görschstr.
Freitag, den 23. Mai 1919

Lichtbilder-Vortrag

des Schriftstellers Hans Siemsen über

Die Revolution in Berlin

mit authentischen Bildern aus den Revolutions- und Straßenkämpfen.

District I-MK.

Vorverkauf beim Vorstand und bei allen Pankowern der U. S. P. D. in den Kommuneverkaufsstellen, im Geschäftszimmer des Arbeiterrates im Rathaus, in der Freiheitsexposition Herbst, Florastr. 25, sowie ab 7 Uhr an der Abendkasse.

Der Vorstand.

6. Wahlkreis U.S.P.

3. Abt. Dsk. 209.

Am Dienstag, d. 20. Mai verstarb unsere Genossin Frau

Luise Götz

Befforter Straße 11.
Ehre ihrem Andenken.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. d. Mts. nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Freiwilligen-Friedhof, Pappel-Allee aus statt. Um rege Beteiligung ersucht.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksw. Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege der Geschäftsleiter

Ernst Feist

am 17. d. M. im Alter von 60 Jahren verstorben ist.

Ihre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. d. M. nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Nepon Jakobikirchhofes Neukölln, Hermannstraße aus statt.

Die Bezirksverwaltung.

Verkäufe

Tabakpflanzen, Gemüsepflanzen aller Art verkauft Gärtnerei Seydel, Neukölln, Köllnische Allee 160-69.

Ein Gehrock-Anzug s. Mantel, Nähmaschine, Kindersachen b. zum 3. Jahr verkauft Pauligt, Neukölln, Jannasstr. 23

Echt Nordhäuser, Kautabak, sowie reiner Rauchtabak in bekannter Güte eingetroffen, an Selbstverbraucher, Tabakgeschäfte, Berlin O 112, Kronprinzstr. 2, Nähe Ringbahn-Postamt Frankfurter Allee

Hellblauemotor, 65 Bohranz, gute Maschine, verk. Wichort, Radersdorferstr. 21, 2. Aufg.

Küchenreinigung, Anrichte, neu, billig, Rahm, Palisadenstrasse 11, H. 2, II

Legenhühner, Euten, Kieken billigst, Will, Markussr. 20

Kautabak (garant. rein) schimmelreife, gibt bestes in grossen und kleinen Packen ab Kautabakhaus H. Friedrich, Palisadenstr. 79

Bewehr., gut erhalten, zu verkaufen, Lütz., Langestr. 99-100, 318, IV

Angelhaken verk. Kottbuser Damm 74, Lokal

Kaufgeschäfte

Kaufe Fetter, Hand- allerhand Stoffe, Paokleinwand, Garn, etc. Scheller, Georgenkirchstr. 10

Motorrad, gut erhalten, bereit, sofort zu verkaufen, Kastanienstr. 3

Spiralbohrer, kann jeden Posten, NO 35, Eichinger Str. 10

Schreibmaschine, Nationalmaschine sucht zu verkaufen, Schöneberg, Lützowstr. 10

Spiralbohrer, kann jeden Posten, NO 35, Eichinger Str. 10

Leinwand, Läden, Schellack usw., zu verkaufen, Postes Gebirgstr. 10, O 112

Kupferleitung, zu verkaufen, Postes Gebirgstr. 10, O 112

Alte Pläne, Paokleinwand, Stoffe, etc. zu verkaufen, O 112, Postes Gebirgstr. 10